

Wahlen im Sudan 2010

von Roman Deckert

erstveröffentlicht in **inamo**, Nr. 58, Sommer 2009, S. 16-18 - www.inamo.de



Im April 2010 sollen im Sudan, einem der komplexesten und heterogensten Länder der Welt, freie und faire Wahlen stattfinden – zum ersten Mal seit 1986. Die Wahlen sind eine zentrale Säule im Comprehensive Peace Agreement (CPA), das im Januar 2005 von der Zentralregierung in Khartoum und den Rebellen der Sudan People's Liberation Army (SPLA) unterzeichnet wurde. Es beendete den Zweiten Bürgerkrieg, der 1983 im Südsudan ausgebrochen war und sich in der Folge auch auf benachbarte Gebiete wie die Nuba-Berge und den Ostsudan ausweitete.

Als größter Flächenstaat des Kontinents hat der Sudan mit seiner politischen Entwicklung überdies massiven Einfluss auf die Stabilität in den angrenzenden Regionen. Dies gilt besonders für Ost- und Zentralafrika, wie die derzeitigen Auseinandersetzungen mit dem Tschad zeigen. Noch mehr sogar für Ägypten, weil dessen Existenz ganz und gar von den Wassern des Nils abhängt, der wiederum auf seiner größten Länge durch den Sudan fließt. Aus diesem fundamentalen Interesse heraus war der nördliche Nachbar bisher stets gegen eine Abspaltung des Südsudans, um nicht noch mit einem zusätzlichen Nil-Anrainer über Wassermengen verhandeln zu müssen.

Die Wahlen sind eine notwendige Voraussetzung, um 2011 dem CPA gemäß im Südsudan das Referendum über eine mögliche Unabhängigkeit abzuhalten. Die Vorbereitung der Wahlen verlief bislang stockend ¹, wie auch sonst die Umsetzung des CPA von großen Schwierigkeiten gekennzeichnet ist. Laut dem Friedensabkommen hätten die Wahlen spätestens im Juli 2009 stattfinden sollen. Die Verschiebung des Datums ergab sich aus der verspäteten Durchführung einer Volkszählung (Census) und der verzögerten Einsetzung einer Nationalen Wahlkommission im vergangenen Jahr. Die Ergebnisse des Census wurden erst im Mai 2009 bekannt gegeben und sorgen seither für politische Unruhe. Sie beziffern die Gesamtzahl der Bevölkerung auf rund vierzig Millionen, von denen die meisten im Großraum der Hauptstadt Khartoum leben, gefolgt von den Bundesstaaten Süddarfur und Gesira. Die ehemaligen SPLA-Rebellen, die an der Zentralregierung beteiligt sind und die Regierung des autonomen Südsudans dominieren, halten jedoch die Zahl von knapp acht Millionen Einwohnern im Süden für weitaus zu niedrig. Die Eastern Front, die früher mit der SPLA gegen das Regime in Khartoum kämpfte, kritisiert die Angaben zum Ostsudan.

Wahlen in Darfur? Ein weiteres Hindernis für wirklich freie und faire Wahlen ist der anhaltende Krieg in der bevölkerungsreichen Westregion Darfur. Angesichts der zunehmenden Zersplitterung der Rebellengruppen dort ist ein Friedensschluss auf absehbare Zeit wenig wahrscheinlich. Wenn aber weite Teile von Darfur nicht abstimmen können, verlieren die Wahlen erheblich an demokratischer Legitimierung. Ohnehin überschattet der Haftbefehl, den der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) gegen Präsident Omar al-Bashir wegen der Eskalation in Darfur verhängt hat, alle politischen Debatten des Landes. Er bewirkt, dass Bashir und seine Gefolgsleute sich in eine Position gedrängt sehen, in der sie die Wahlen auf keinen Fall verlieren dürfen.

Status der „Three Areas“ Hinzu kommt eine Reihe weiterer Streitpunkte, die die Wahlen gefährden können, etwa die Verabschiedung eines neuen Pressegesetzes. Entgegen dem Zeitplan des CPA ist auch immer noch nicht der Status der umstrittenen „Three Areas“ geklärt. Dabei geht es um die Frage, ob die Nuba-Berge, das Gebiet von Abyei und die Region Blue Nile zum Norden oder

¹ el-Battahani, Atta / Willis, Justin / Woodward, Peter: Elections in Sudan – Learning from Experience, Nairobi / London 2009

Süden gehören sollen. Die Entscheidung über die Grenzziehung des Abyei-Distrikts liegt derzeit vor dem Ständigen Schiedshof in Den Haag. Wie brisant die Lage ist, haben die Kämpfe vom Mai 2008 gezeigt, bei denen Dutzende Bewohner der Stadt Abyei ums Leben kamen und Tausende vertrieben wurden. Unterdessen hat sich auch in einigen südlichen Gebieten die Sicherheitslage dramatisch verschlechtert. Die Mission der Vereinten Nationen (UNMIS) schätzt, dass bei bewaffneten Zusammenstößen im Frühjahr 2009 Hunderte Menschen ihr Leben ließen, zumeist bei Streitigkeiten um Viehbestände. Im Südwesten terrorisiert weiterhin die ugandische Rebellenarmee der Lord's Resistance Army die Bevölkerung. All diesen Konflikten ist gemein, dass sie in erster Linie mit den so genannten Kleinwaffen ausgetragen werden – ein tödliches Erbe des Kalten Krieges, an dem auch Deutschland eine historische Verantwortung trägt. Denn während die Bundesrepublik dereinst die verschiedenen Regime in Khartoum hochrüstete, unterstützte die DDR über Äthiopien die SPLA. Viele dieser Waffen sind noch heute im unkontrollierten Umlauf und machen traditionelle Mediationsprozesse unmöglich.

Komplizierter Wahlmodus Die Rahmenbedingungen für die Wahlen werden zusätzlich durch technische Probleme erschwert. Allein schon die kontinentalen Ausmaße des Landes stellen die Logistik vor riesige Herausforderungen. Da die Regenzeit weite Gebiete unzugänglich macht, hatte UNMIS die Verschiebung der Wahlen sogar ausdrücklich empfohlen. Ferner ist der Abstimmungsmodus überaus kompliziert. Gewählt werden nicht nur der Präsident und die nationale Volksvertretung, sondern auch die Gouverneure und Parlamente der Bundesstaaten sowie im autonomen Süden Regionalregierung und –parlament. Die Sitzverteilung im nationalen Parlament erfolgt nach einem gemischten System: 60 Prozent der Abgeordneten werden direkt gewählt, 25 Prozent sind für Frauen und 15 Prozent für weitere Listenplätze vorbehalten. Die Opposition kritisiert, dass diese Zählweise die National Congress Party (NCP) von Präsident Bashir begünstige.

Die sudanesishe Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit keinerlei Erfahrungen mit Abstimmungen hat, steht zudem vor der „Qual“ der Wahl zwischen 68 zugelassenen Parteien. Viele politische Gruppierungen haben eine durchaus reiche Geschichte und traditionelle Anhängerschaften, meist entlang ethnischer Linien. Nach den langen Jahren der Illegalität während mehrerer Militärregime,

den kriegsbedingten Verwerfungen und dem demographischen Wandel sind diese Loyalitäten und Strukturen aber nachhaltig geschwächt. Dazu tragen auch die schlechten Erfahrungen bei, die das Land mit zivilen Regierungen gemacht hat. Nun verfügen die Oppositionsparteien wie auch die kleineren Parteien in der Regierung der Nationalen Einheit nicht über die Ressourcen, um landesweit um Vertrauen zu werben.² Überdies gibt es eine kaum durchschaubare Anzahl von Abspaltungen der etablierten Parteien. Als die wichtigsten Akteure lassen sich identifizieren:

- Die **NCP**, die die Zentralregierung und den Nordsudan dominiert. Die Partei wurde 1998 gegründet, als das Regime der „National Salvation Revolution“ von General Bashir die Rückkehr zum pluralistischen System einleitete. Sie ging aus der National Islamic Front (NIF) hervor, die ihrerseits der Bewegung der Moslembrüder entstammte und die treibende Kraft von Bashirs Machtergreifung im Jahre 1989 war. Nach den überaus repressiven Neunzigerjahren hat die NCP innenpolitisch einen gemäßigteren Kurs eingeschlagen und eine Öffnung des zuvor weitgehend isolierten Landes eingeleitet. Dank des Beginns der Ölförderung im Jahr 1999 und des Friedensschlusses mit der SPLA kann die NCP, die eine liberale Wirtschaftspolitik vertritt, auf einen beispiellosen Aufschwung verweisen. Als die beiden stärksten Männer hinter Bashir gelten sein Assistent Nafi Ali Nafi und der Zweite Vize-Präsident Ali Osman Taha.

- Das **Sudan People's Liberation Movement (SPLM)**, nach dem Ausbruch der zweiten Rebellion 1983 als politischer Arm der SPLA gegründet, aber von dieser seit dem Abschluss des CPA nominell getrennt. Seit dem tragischen Tod ihres Führers Dr. John Garang, der 2005 bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben kam, wird das SPLM von Salva Kiir geführt, der zugleich Erster Vize-Präsident der Republik und Präsident der autonomen Süd-Regierung ist. Bislang ist nicht entschieden, ob Kiir gegen Bashir kandidieren wird, da er hierfür auf sein Amt im Süden verzichten müsste und ihm – anders als seinem Vorgänger Garang – keine Chancen auf einen Sieg eingeräumt werden. Das SPLM genießt im Südsudan allgemeine Anerkennung für die Errungenschaften des CPA. Es ist jedoch mit wachsender Unzufriedenheit über den Aufbau der kriegszerstörten Region

² Anja Dargatz: Allianzen statt Konfrontation – Politische Parteien im Sudan, Friedrich Ebert Stiftung Khartoum 2008

konfrontiert wie auch mit dem Vorwurf, die größte Ethnie des Südens, die Dinka, übermäßig zu repräsentieren.

- **Der Popular Congress (PC)**, der sich 1999 von der NCP abspaltete. Er wird geführt von dem charismatischen Scheich Dr. Hassan al-Turabi, der in den Neunzigerjahren als die „graue Eminenz“ hinter Bashir galt. Seit seinem verlorenen Machtkampf hat Turabi den PC als die radikalste Oppositionskraft etabliert, woraufhin er mehrfach in Haft und Hausarrest genommen wurde. Der PC verfolgt eine islamistische Agenda, ist jedoch um ein tolerantes Erscheinungsbild bemüht.

- Die **Umma-Party**, deren Wurzeln auf die Mahdisten-Bewegung des 19. Jh. zurückgeht. Ihr Vorsitzender Sadik al-Mahdi, ein Urenkel des historischen Mahdi, war bereits in den Sechziger- und Achtzigerjahren Regierungschef und ist zugleich Führer des sufistischen Ansar-Ordens. Als kommende Führungsfigur gilt seine Tochter Mariam. Die traditionelle Machtbasis der Umma ist der krisengeschüttelte Westsudan.

- Die **Democratic Unionist Party (DUP)**, deren Geschichte ebenfalls in das 19. Jh. reicht. Sie wird geführt von Mohamed Osman al-Mirghani, der auch der Patron der sufistischen Khatmiyya-Sekte ist. Die DUP pflegt traditionell enge Beziehungen zu Ägypten und hat ihre Anhängerschaft vor allem im Osten und nördlichsten Teil des Landes.

- Der **Beja Congress (BC)**, wie Umma und DUP eine der ältesten Parteien. Im Zuge des "Eastern Sudan Peace Agreement" (EPA) von 2006 trat der BC in die Zentralregierung ein, ihr Vorsitzender Mussa Mohammed Ahmed wurde einer der Assistenten des Präsidenten.

- Die **Communist Party of Sudan (CPS)**, die seit ihrer Gründung 1946 insbesondere unter Intellektuellen Rückhalt findet. Sie wird seit 1972 von Mohamed Ibrahim Nugud geführt und strebt einen Sozialismus in einem Mehrparteien-System an. Andere säkulare Parteien wie Baath und Nasseristen haben stark an Bedeutung verloren.

- Die **Justice Party**, die sich 2002 von der NCP abspaltete und von dem ehemaligen Präsidentenberater Mekki Ali Belayel geführt wird. Sie präsentiert sich als Mitte-Rechts-Partei, die besonders die Interessen der marginalisierten Gebiete vertritt.

- Die **United Sudan National Party (USNP)**, die 2002 durch den Zusammenschluss mehrerer Gruppierungen aus den Nuba-Bergen gebildet

wurde. Seit dem Tode ihres Vorsitzenden Pater Philip Abbas Gaboush im Jahr 2008 wird die USNP von Prof. Elamin Hamouda geführt.

- Die **Sudan African National Union (SANU)**, die älteste Partei des Südens. Unter der Führung des Arztes Dr. Toby Madut tritt sie entschieden gegen eine Abspaltung des Südsudans ein.

- Das **South Sudan Democratic Forum (SSDF)**, das 2001 von dem Politveteranen Bona Malwal mitgegründet wurde. Vorsitzender ist Dr. Martin Elia, der Minister für Parlamentsangelegenheiten im Süden. Das SSDF gilt als Befürworter einer Sezession des Südens.

- Die **United Democratic Front (UDF)**, die 2003 unter der Führung von Peter Abdelrahman Sule gegründet wurde. Die UDF setzt sich deutlich für eine Unabhängigkeit des Südsudans aus.

Electionnaire Angesichts der diffusen Parteienlandschaft haben die Berliner Non-Profit-Organisation Media in Cooperation and Transition (MICT), das Khartoumer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und das Institute of Peace Research der University of Khartoum ein Internet-Portal erarbeitet, das Übersichten zu bislang 16 Parteien und ihren Programmen bietet. Nach dem Vorbild des Wahlomaten vergleicht www.electionnaire.org in einem Fragespiel die Ansichten der potentiellen Wählerinnen und Wählern mit den Positionen der Parteien. Das Projekt leistet indessen nicht nur „voter education“, sondern auch „party education“, da die Parteien im Rahmen der Zusammenarbeit Stellung zu den debattierten Sachfragen nahmen. Nicht zuletzt soll der Electionnaire auch außerhalb des Sudans das Interesse an den Wahlen befördern, denn gerade in der westlichen Welt hat die politische Entwicklung des Landes viel zu lange viel zu wenig Aufmerksamkeit gefunden.